

Interview mit Manfred Hofmeister, Stadtrat und Kreisrat in Bad Reichenhall

## Wir müssen wirklich dicke Bretter bohren

Der Bad Reichenhaller Stadt- und Kreisrat Manfred Hofmeister kritisiert, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) den Kommunen empfiehlt, sich beim 5G-Ausbau am Leitfaden des Weltverbandes der Mobilfunkindustrie GSMA zu orientieren. Daher fordert er in einem offenen Brief (siehe Kasten) die Redaktion der Zeitschrift „Kommunal“ auf, Falschaussagen im Artikel „Mobilfunkstrahlung: Leitfaden zum Thema 5G für Kommunen“ zu korrigieren. Im Interview mit Matthias von Herrmann, Pressereferent von diagnose:funk, erklärt Manfred Hofmeister die Hintergründe seiner Aktivitäten.



Manfred Hofmeister

**KOMPAKT: Wie kam es zu Ihrem offenen Brief?**

MANFRED HOFMEISTER: Die Zeitschrift „Kommunal“ wird vom Deutschen Städte- und Gemeindebund monatlich herausgegeben und zumindest bei uns in Bad Reichenhall immer wieder an Stadträte verteilt. Beim Durchblättern fiel mir ein Artikel zu 5G-Mobilfunk auf. Als ich dann die bekannten Narrative der Mobilfunkindustrie las, sagte ich mir, dass ich das so nicht stehen lassen kann. Daher habe ich an den Chefredakteur geschrieben.

**KOMPAKT: Haben Sie eine Antwort erhalten?**

MANFRED HOFMEISTER: Bisher nicht. Wahrscheinlich reagiert die Redaktion erst, wenn sie mehr kritische Post erhält.

**KOMPAKT: Wie kommen Sie zum Thema 5G und Mobilfunk?**

MANFRED HOFMEISTER: Als Baubiologe befasse ich mich natürlich mit dem Thema Strahlung und gebe Vorsorgeempfehlungen basierend auf entsprechenden Messungen. Als Stadtrat habe ich z. B. mit WLAN in Kindergärten, in Schulen und öffentlichen Gebäuden zu tun. Ich halte auch an der Volkshochschule Vorträge zum Thema „5G sowie gesundes Wohnen mit möglichst wenig Elektrosmog“.

**KOMPAKT: Wie stehen die Mitglieder des Bad Reichenhaller Stadtrats zum Thema Mobilfunk?**

MANFRED HOFMEISTER: Wir hatten z. B. Anfragen von der Telekom in der Fußgängerzone zwei sog. „Minisender“ aufzustellen. Ich habe in der Stadtratssitzung natürlich vehement dagegen argumentiert, denn Mobilfunk-

kempfang ist bereits jetzt überall möglich. So konnte ich auch etliche Kolleginnen und Kollegen überzeugen. Aber zu einer mobilfunkkritischen Mehrheit reicht es regelmäßig nicht. Das ist besonders skurril, da Bad Reichenhall ja den Anspruch an sich hat, eine Gesundheitsstadt zu sein und auch so für sich wirbt. Der Stadtrat handelt mit einer derartigen Entscheidung, die Vorsorge auszublenzen, mehrheitlich gegen dieses Selbstverständnis, wenn direkt neben dem Kurpark, wo die Menschen sich erholen wollen, derartige Sender im Nahfeld vieler Personen aufgestellt werden. Selbst im Schwimmbad in der Kinderzone haben wir WLAN, damit die Eltern „daddeln“ können, während die Kleinen spielen und im Wasser sind. Ich sehe da eine völlig abstruse Haltung von gewählten Volksvertretern in unserem Stadtrat.

**KOMPAKT: Woran liegt es, dass Sie und Ihre „Bürgerliste Reichenhall“ einen so schweren Stand haben?**

MANFRED HOFMEISTER: Bei vielen Stadträten fehlt noch immer das Grundverständnis für das Thema ‚Mobilfunkstrahlung und Gesundheit‘, überwiegend bei CSU und Freien Wählern, zum Teil auch bei den anderen Fraktionen. Es herrscht die groteske Einstellung: Wenn alles verstrahlt ist, sind wir modern. Digitalisierung ist ja in vielen Bereichen sinnvoll nutzbar. Das heißt aber nicht, die Endnutzer ausschließlich über Funk zu bedienen. Das ist der falsche Ansatz – verkabeln statt verstrahlen sollte es heißen, gerade jetzt beim vielen Online-Unterricht zu Hause. Kabel sind sicherer und schneller, das sollte in die Köpfe von Entscheidungsträgern. Da müssen wir wirklich noch dicke Bretter bohren.

**KOMPAKT: Gibt es eine mobilfunkkritische Bürgerinitiative in Bad Reichenhall?**

MANFRED HOFMEISTER: Es gab vor einigen Jahren mal eine Aktion gegen 5G mit einem guten Schreiben

an alle Stadträte, aber das ist durch fehlende Resonanz wieder eingeschlafen. Wobei eine aktive Bürgerinitiative uns kritischen Stadträten enorm helfen würde! Auch wenn wir das Thema in den Gremien immer propagieren, fehlt doch die Basis in der Bevölkerung und draußen auf der Straße. Denn wenn von außen Druck kommt, sind die Stadträte eher gezwungen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und sich den Bürgern gegenüber zu rechtfertigen. Auch eine diesem Thema

aufgeschlossene Verwaltung kann wichtige Beiträge liefern.

Die Bemühungen beider Seiten, die Verstrahlungen wo immer möglich zu minimieren, würden sich gegenseitig verstärken. Das würde dann auch auf andere Bereiche und Kommunen ausstrahlen. Ein Bürgermeister hat da übrigens großen Einfluss, weil er eine Gefolgschaft hat. Wenn er ein Thema vorgibt, stimmt ein Großteil der Stadträte mit.

Der Artikel „Mobilfunkstrahlung: Leitfaden zum Thema 5G für Kommunen“ ([www.kommunal.de/mobilfunkstrahlung-leitfaden](http://www.kommunal.de/mobilfunkstrahlung-leitfaden)) in der Zeitschrift Kommunal 12/2021 – geschrieben von Chefredakteur Christian Erhardt – wirft den Mobilfunkkritikern Desinformation und Behinderung des Ausbaus der Mobilfunkinfrastruktur vor. Außerdem werden Alternativen verdreht, dabei bedient er sich 1:1 der Propagandafloskeln im Leitfaden der GSMA ([www.t1p.de/xefdp](http://www.t1p.de/xefdp)). Vielleicht regt der folgende offene Brief von Manfred Hofmeister andere StadträtlInnen an, der Zeitschrift „Kommunal“ ebenfalls zu schreiben.

### **An die Redaktion Kommunal | Reinhardtstraße 31 | 10117 Berlin**

Ausgabe 12/2021: Artikel von Christian Erhardt: „Mobilfunkmasten. Leitfaden zum Thema 5G“

Sehr geehrte Redaktionsleitung der Zeitschrift „Kommunal“, sehr geehrter Herr Erhardt, Ihr Artikel „Leitfaden zum Thema 5G“ desinformiert kommunale Entscheidungsträger aus vier Gründen:

1. Sie empfehlen in Ihrem Artikel als Handlungsleitfaden für kommunale Planungen das Papier des "Global System for Mobile Communication Association" (GSMA), also des Weltverbandes der Mobilfunkindustrie. Dieser Leitfaden bildet die Interessen der Mobilfunkindustrie ab und nicht die Vorsorge für Bürgerinnen und Bürger.
2. Auf dieser Grundlage stellen Sie die kommunalen Rechte bei der Planung der digitalen Infrastruktur, wie sie in § 7a der 26. BImSchV und weiteren Bestimmungen festgelegt sind, verkürzt dar und legen den Kommunen nahe, nicht zu handeln, ihre Rechte nicht wahrzunehmen und den kommerziellen Interessen der Mobilfunkbetreiber zuzustimmen. Die Rechte der Kommunen sind aktuell dargestellt im Artikel von Nitsch/Weiss/Frei in der Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht 22/2020 und in den Artikeln des Juristen Bernd I. Budzinski. Diese Rechtspositionen und Handlungsmöglichkeiten zu unterschlagen, ist unseriös.
3. Sie erwecken den Eindruck, dass kommunale Entscheidungsträger, die ein Mobilfunkkonzept auf der Grundlage der rechtlichen Möglichkeiten und der Risiken der Mobilfunktechnologie einfordern, Verschwörungstheoretiker seien. Sie unterschieben ihnen und den Bürgerinitiativen Positionen, die sie nicht vertreten und kreieren ein Zerrbild, an dem sie sich abarbeiten. Diese Methode ist mehr als befremdlich.
4. Sie stellen die Studienlage durchweg verfälscht dar und ignorieren die offiziellen Dokumente, die Risiken nachweisen und ein regulatorisches Eingreifen fordern.

Die Kommunen haben weitgehende Rechte bei der Steuerung der digitalen Infrastruktur. Von den Mobilfunkbetreibern wird ihnen aber eingeredet, sie sollten auf diese Rechte verzichten, weil kein Regelungsbedarf bestehe. Diese rechtswidrige Position unterstützt Ihr Artikel. Ich fordere Sie auf, diese Fehlinformationen baldmöglichst zu korrigieren.

{ Die komplette Fassung des Briefes finden Sie unter: [www.diagnose-funk.org/1780](http://www.diagnose-funk.org/1780)



Zeitschrift Kommunal  
Faksimile